Mediendienst

Stuttgart, 6. März 2024

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Fink-Trauschel: Von der Leyens EU-Lieferkettengesetz ist gescheitert

Landesregierung beweist im europapolitischen Bericht „Mut zur Lücke“.

In der heutigen Plenardebatte, die den aktuellen europapolitischen Bericht der Landesregierung diskutierte, äußerte sich die europapolitische Sprecherin der FDP/DVP- Fraktion, **Alena Fink-Trauschel**, wie folgt:

„Zum vorliegenden europapolitischen Bericht für das vierte Quartal 2023 ist zu sagen, dass wieder einmal treffsicher das größte und für uns Baden-Württemberger wichtigste europapolitische Thema nicht vorkommt – Von der Leyens gescheiterte EU-Lieferkettenrichtlinie. Nachdem die Landesregierung in der Vergangenheit ja bereits versäumt hatte, über die Tätigkeiten der Landesregierung in Bezug auf die E-Fuels-Regulierung zu berichten, an deren konkreter Ausgestaltung in Baden-Württemberg hunderttausende Arbeitsplätze hängen, oder über die Tätigkeiten der Landesregierung in Bezug auf das Gemeinsame Europäische Asylsystem, an dessen Ausgestaltung letztlich die Funktionsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft hängt, haben hat sie es mit dem heute zu diskutierenden Bericht versäumt, über die EU-Lieferkettenrichtlinie zu berichten.

Die Lieferkettenrichtlinie wurde jedenfalls bis Dezember 2023 fertig verhandelt, die Verhandlungen fielen also genau in den Berichtszeitraum. Ich frage mich da immer, ob dieser „Mut zur Lücke“ an den entscheidend wichtigen Stellen daran liegt, dass die Themen verschlafen werden oder daran, dass es über den Umgang mit diesen zentralen Themen keine Einigkeit in der Landesregierung gibt und daher die berechtigten Interessen Baden-Württembergs nicht vertreten werden.

Dass von der Leyens EU-Lieferkettengesetz im Europäischen Rat am 28. Februar keine qualifizierte Mehrheit erhielt und somit erneut gescheitert ist, ist jedenfalls eine gute Nachricht für den baden-württembergischen Wirtschaftsstandort. Dass aber die Union jetzt so tut, als hätte der Regulierungsversuch ihrer EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen nichts mit ihr zu tun, obwohl die CDU sie gerade als Spitzenkandidatin nominiert hat und das Lieferkettengesetz nicht die Idee von Minister Müller (CSU) war, ist scheinheilig. Der Vorschlag der Lieferkettenrichtlinie bedeutet, dass deutsche und europäische Gesetzgeber sich das Recht herausnehmen, weltweit Standards für wirtschaftliches Handeln zu setzen, also in die inneren Angelegenheiten aller anderen Länder auf der ganzen Welt einzugreifen. Und zwar nicht auf der Basis von Verträgen, in denen man mit Partnern auf Augenhöhe darüber verhandelt, was sie als Gegenleistung dafür erhalten, dass sie nach unseren Wertvorstellungen wirtschaften, sondern durch Diktate.

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de

Für uns Freie Demokraten steht jedenfalls fest, dass es gut ist, dass dieser Regulierungsversuch in Europa gescheitert ist. Es gab nicht einmal eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten, geschweige denn eine qualifizierte Mehrheit. Als nächstes muss sie in Deutschland abgeschafft werden."

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de